

Die Brugger Einwohnerratswahlen 1965-1997

Autor(en): **Burger, Rudolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Brugger Neujaersblätter**

Band (Jahr): **108 (1998)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-900953>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rudolf Burger

Die Brugger Einwohnerratswahlen 1965–1997

Brugg kam Mitte der sechziger Jahre nur mit knappen Zahlen zu seinem Einwohnerrat: Das Begehren des Landesrings zur Einführung der «ausserordentlichen Gemeindeorganisation», eingereicht am 22. September 1964, war mit 396 gültigen Unterschriften versehen, gerade sechs mehr als der Fünftel der Stimmberechtigten, die für einen solchen Vorstoss notwendig waren. Ziemlich knapp, mit 783 Ja gegen 701 Nein bei einer Stimmbeteiligung von 79 Prozent, fiel dann am 6. Dezember 1964 auch der Entscheid an der Urne. Das sei ein «Zufallsentscheid» fand das «Brugger Tagblatt» (BT 7.12.1964¹), und sein Kommentator spekulierte darüber, was wohl passiert wäre, wenn die rund 400 Stimmapstinenten zur Urne geschritten wären: Weil das Wetter am Abstimmungswochenende schlecht war, vermutete er unter diesen 400 meist ältere Bürger und damit mehrheitlich auch Gegner der Einführung des Einwohnerrats.

Zu den Gegnern der Abschaffung der Gemeindeversammlung hatte sich insbesondere auch die Exekutive, der Brugger Gemeinderat, geschlagen. In einer Stellungnahme hatte der Gemeinderat damit argumentiert, dass Brugg mit seinen knapp 2000 Stimmberechtigten noch nicht zu den grossen Gemeinden gehöre, in denen die Durchführung einer Gemeindeversammlung fast nicht mehr möglich sei (BT 27.11.1964). Stadttammann Eugen Rohr sah in Einwohnerrat und Urnenabstimmung eine Misstrauenskundgebung gegen die amtierende Gemeindebehörde, und an kommende Platznöte bei der Gemeindeversammlung aufgrund der Einführung des Frauenstimmrechts glaubte er nicht: Das Frauenstimmrecht werde in unserem Land wahrscheinlich nicht eingeführt, meinte er anlässlich einer Diskussionsveranstaltung der Jugendorganisation «forum 63», man dürfe Schweizer Verhältnisse nicht mit dem Ausland vergleichen («Badener Tagblatt», BaT 4.12.1964¹).

Anderer Meinung als der Gemeinderat waren die meisten Brugger Parteien: Die Freisinnigen, die Katholisch-Konservativen, der Landesring und die Liberalsozialisten waren für den Einwohnerrat, die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei hatte Stimmfreigabe beschlossen, und nur die Sozialdemokraten wollten die Gemeindeversammlung beibehalten. Zu den klaren Befürwortern gehörte auch der Kommentator des «Badener Tagblatts», der am Tag nach der Abstimmung frohlocken konnte: Das Resultat sei ein überraschender «Sieg der Zukunftsgläubigen» schrieb er; der Brugger Stimmbürger habe eingesehen, dass eine «neue Zeit neue Wege» fordere (BaT 7.12.1964).

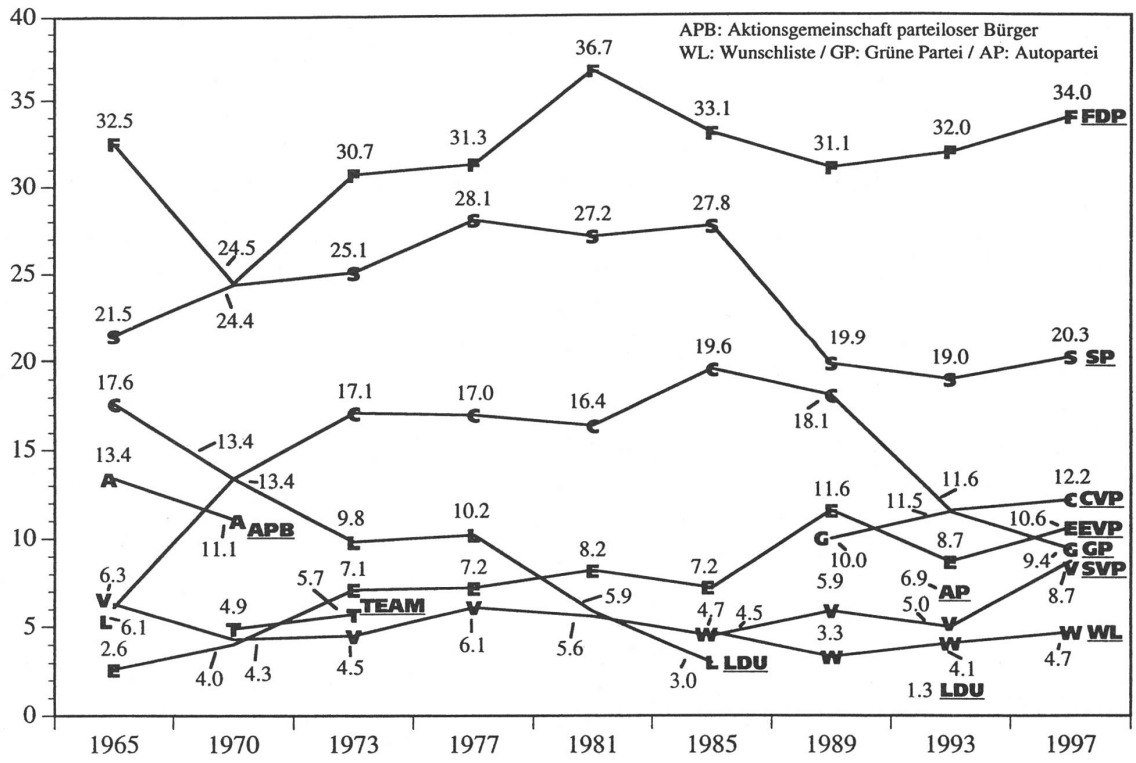
Inzwischen bestimmt der Brugger Einwohnerrat seit über 30 Jahren die Geschicke der Stadt und ist insgesamt neunmal neu gewählt worden. Diese Wahlen – deren Resultate neuerdings für die Jahre 1985, 1993 und 1997 in detaillierter Form (inklusive Panschieferstimmmentausch²) vorliegen, sind das Thema dieses Beitrags. Es wird versucht, u. a. Fragen zum Brugger Parteiengefüge, zum Stellenwert von Einwohnerratswahlen, zum Abschneiden von Frauen, zu Spitzenkandidaten und zu den Ergebnissen der neuesten Wahlen 1997 zu beantworten.

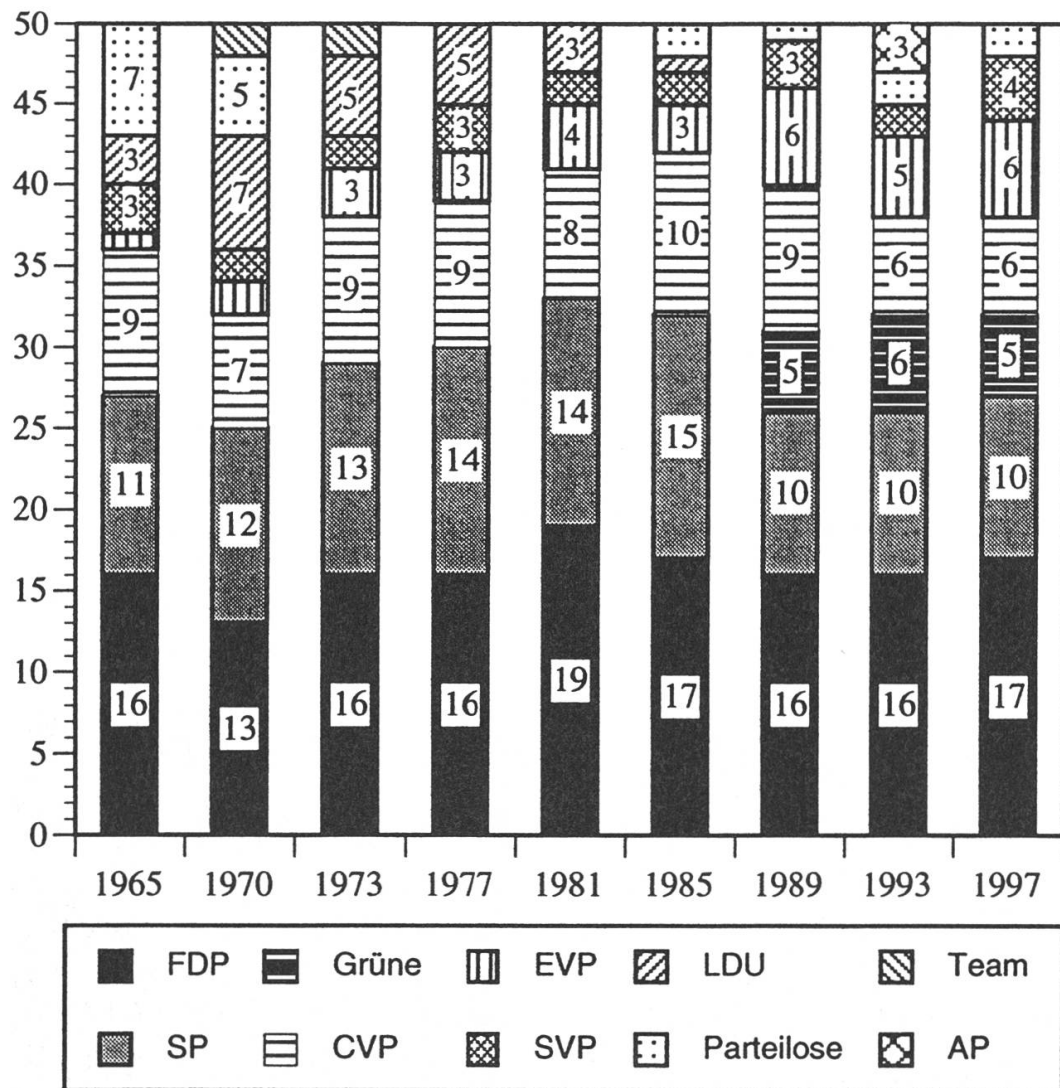
Das Parteiengefüge: FDP vor SP klar stärkste Partei

Bei den ersten Einwohnerratswahlen am 31. Oktober 1965 holten die Freisinnigen einen Stimmenanteil von 32,5 Prozent. 32 Jahre später, am 28. September 1997, kamen sie auf 34,0 Prozent. Für die Sozialdemokraten lauten diese Zahlen 21,5 und 20,3 Prozent. Auch für die CVP und SVP liegen die Stimmenanteile 1965 und 1997 nicht weit auseinander. Dennoch wäre der Eindruck, dass sich die parteipolitischen Präferenzen in diesen 32 Jahren Brugger nicht wesentlich verändert hätten, falsch: Die meisten Parteien haben bessere und schlechtere Zeiten erlebt, einige Parteien und Gruppen sind verschwunden, andere neu aufgetaucht. Dieses Auf und Ab der Parteien zeigt Grafik 1.

In Grafik 2 ist festgehalten, wie sich die 50 Mandate des Brugger Einwohnerrats in den neun Wahlen aufgrund der Stimmenanteile auf die verschiedenen Parteien verteilten. Weil diese 50 Mandate in einem einzigen Wahlkreis gewählt werden, genügt schon ein Stim-

Grafik 1: Stimmenanteile der Parteien in Prozent





Grafik 2: Sitzverteilung im Einwohnerrat

menanteil von 1,96 Prozent für ein Vollmandat. An dieser kleinen Hürde ist bisher eine einzige Partei einmal gescheitert: Der Landesring brachte es 1993 nur auf 1,3 Prozent der Stimmen und ging leer aus. Alle andern Parteien, die zu den Wahlen antraten, konnten jeweils mindestens ein Mandat erobern.

Mit Abstand erfolgreichste Partei war die *FDP*. Sie eroberte in den neun Wahlen mit insgesamt 146 rund einen Drittel (genau: 32,4%) aller zur Verfügung stehenden Mandate. Ihr bestes Resultat erzielte sie 1981, als sie mit einem Stimmenanteil von 36,7 Prozent 19 Mandate holte. Ihren Tiefpunkt erreichten die Freisinnigen in den zweiten Einwohnerratswahlen 1970, als sie von einem Stim-

menanteil von 32,5 Prozent (1965) auf 24,5 Prozent absackten, drei ihrer vorher 16 Sitze verloren und sich nur äusserst knapp – mit 0,1 Prozent Vorsprung auf die SP – als stärkste Partei behaupten konnten. Für die FDP waren 1973 gleich drei widrige Umstände zusammengekommen: Das Team 67 hatte sich erstmals an den Wahlen beteiligt, der LDU hatte mit einem Stimmenanteil von 13,4 Prozent den berechtigten Lohn für seine aktive Politik erhalten, und die Lauffohrer Stimmbürger, die erstmals als Brugger gewählt hatten, waren den Freisinnigen offensichtlich nicht sehr gewogen.

Als zweitstärkste Brugger Partei etablierten sich die *Sozialdemokraten*. Sie holten in den bisherigen Einwohnerratswahlen mit 109 rund einen Viertel (24,2%) aller Mandate. Nach schwachem Start 1965 (Wähleranteil 21,5%) steigerten sie sich sukzessive auf



Der erste Brugger Einwohnerrat wurde von Walter Meier (ganz rechts) präsiert. Zu seiner Rechten sitzen Werner Hartmann (Stadtschreiber), Eugen Rohr (Stadtammann) sowie die Stadträte Walter Gloor, Hans Müller, Arthur Gross und Hans Bailod.

28,1 Prozent im Jahr 1977. Bei den beiden darauffolgenden Wahlen konnten sie sich auf diesem Niveau fast halten, doch 1989 kam der Einbruch: Die erstmals kandidierenden Grünen sprachen offenbar einen Teil der sozialdemokratischen Kundschaft an; die SP sackte von einem Wähleranteil von 27,8 Prozent (1985) auf 19,9 Prozent ab und verlor fünf ihrer vorher 15 Sitze. Von diesem Rückschlag haben sich die Sozialdemokraten bisher nicht erholen können. 1993 erzielten sie mit einem Stimmenanteil von bloss 19,0 Prozent ihr bisher schlechtestes Ergebnis, das sie 1997 nur leicht, auf 20,3 Prozent, zu steigern vermochten.

Die *CVP*, die zu den beiden ersten Wahlen noch als Katholisch-Konservative Volkspartei angetreten war, kam 1965–1997 auf insgesamt 73 Mandate (16,2%). Ihre Position als drittstärkste Partei musste sie nur einmal, 1970, abtreten. Damals wurde sie mit dem Wähleranteil von 13,37 Prozent vom Landesring (13,44%) knapp geschlagen. Ihr bestes Resultat erreichten die Christlichdemokraten 1985, als sie mit sieben Bisherigen und einer grossen Kandidatenschar (26) antraten, einen Stimmenanteil von 19,6 Prozent holten und zu ihren vorher acht Mandaten zwei hinzugewinnen konnten. In den Wahlen danach blieb die Brugger *CVP* vom Krebsgang der *CVP* Schweiz nicht verschont: 1993 erreichte sie mit einem Stimmenanteil von 11,6 Prozent ihr bisher schwächstes Ergebnis, das sie 1997 mit 12,2 Prozent nur leicht nach oben korrigieren konnte.

Eine Erfolgsgeschichte widerspiegelt die Bilanz der *EVP*, der mit 33 Mandaten in den neun Wahlen (Anteil: 7,3%) insgesamt viertstärksten Partei: Bei den ersten Wahlen 1965 musste sich die *EVP* mit einem Wähleranteil von bloss 2,6 Prozent und einem Mandat begnügen. In den Jahren danach konnten sich die Brugger Evangelischen sukzessive steigern, ihr bisher bestes Resultat erzielten sie mit 11,6 Prozent, die ihr sechs Mandate bescherten, bei den Wahlen 1989. Vier Jahre später musste die *EVP* der grossen Parteienkonkurrenz – 1993 trat erstmals und bisher einmalig die Autopartei in Erscheinung, ausserdem versuchte der *LDU* ein Comeback – Tribut zollen (Rückschritt auf 8,7% Wähleranteil); sie konnte sich aber 1997 wieder bei guten 10,6 Prozent etablieren. Eines der Erfolgsgeheimnisse der *EVP* ist mit Sicherheit ihre über Jahre hinweg grosse personelle Konstanz.

Insgesamt fünftstärkste Partei ist mit insgesamt 25 Mandaten (Anteil: 5,3%) immer noch der *Landesring*, der inzwischen bei Einwohnerratswahlen von der Bildfläche verschwunden ist. Die ersten Wahlen 1965 verliefen für die Partei, die das Volksbegehren zur Einführung des Einwohnerrats lanciert hatte, zwar eher enttäuschend (Stimmenanteil 6,1%), 1970 profitierte der LDU Brugg aber vom gesamtschweizerischen Aufwind für den Landesring, vom Wirken seines unermüdlichen Einwohnerrates Ernst Döbeli und von einer geschickten Wahlkampagne mit dem Slogan «Pack den Stier bei den Hörnern». So gelangte der LDU mit einem Stimmenanteil von 13,4 Prozent erstmals und einmalig knapp vor der CVP (siehe oben) in der Brugger Parteienhierarchie auf den dritten Platz. 1973 und 1977 konnte sich der LDU noch bei rund zehn Prozent halten, doch 1981 fiel er auf 5,9 Prozent zurück. «Wir sind keine historische Partei», er-



Januar 1970: Inpflichtnahme des zweiten Brugger Einwohnerrates. Zu erkennen sind von rechts: Walter Sturzenegger, Max Brentano, Theo Rudolf, Fritz Senn, Ernst Heuberger, Franz Mazenauer, Paul Ledergerber, Guido Suter, Ernst Strasser, Viktor Bulgheroni, Hans Kästli, Clemenz Jost, Heinrich Süess, Peter Müller, Ernst Weber, Willi Steinhauer und Robert Weiss.

klärte der damalige LDU-Präsident René Kunz dem «Brugger Tagblatt» (10.11.1981) und prognostizierte, es werde künftig für die kleinen Parteien noch schwieriger. Im Fall seiner Partei behielt er recht: 1985 landete der LDU bei 3,0 Prozent, 1989 verzichtete er auf eine Wahlbeteiligung, 1993 endete sein erneutes Mitmachen, wie oben beschrieben, mit dem Misserfolg eines Wähleranteils von bloss 1,3 Prozent.

Die einstige *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei*, die sich in Brugg erst in den Wahlen 1977 mit dem Namen *SVP* anfreunden konnte, brachte es in den bisherigen Wahlen auf 23 Sitze (Anteil: 5,1%). Ihr bestes Ergebnis erzielte sie 1997, als sie vom Verzicht der Autopartei profitierte und mit 8,7 Prozent der Stimmen vier Mandate holte. Das Tief der SVP kam in den zweiten Wahlen 1970, als sie trotz erstmaliger Beteiligung der Laufföhler Stimmbürger mit einem Wähleranteil von bloss 4,3 Prozent nur zwei Mandate eroberte. Ein Markenzeichen der SVP Brugg ist es, dass sie jeweils mit nur geringen Kandidatenzahlen antritt.

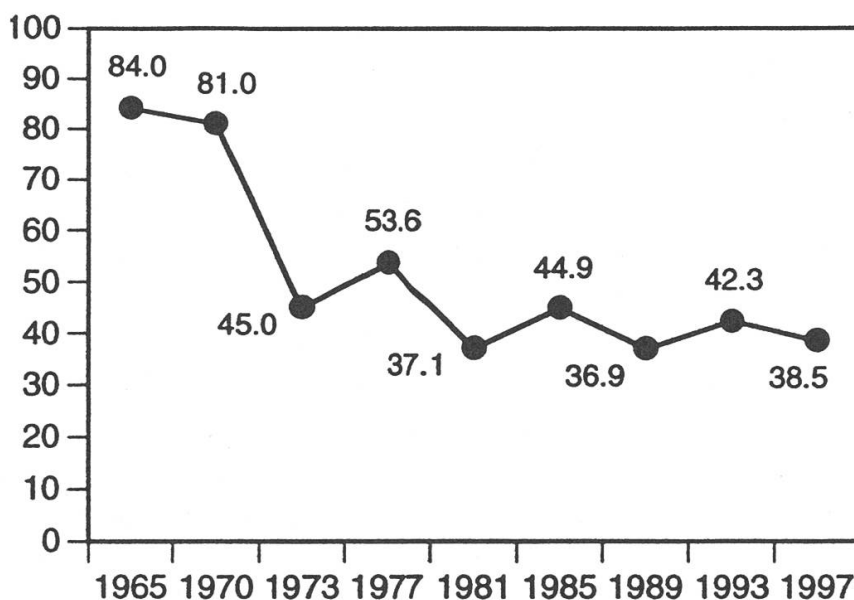
Die Aufsteiger der letzten Jahre sind zweifellos die *Grünen*. Auf Anhieb kamen sie bei ihrem ersten Auftritt 1989 auf einen Wähleranteil von 10,0 Prozent und sorgten so dafür, dass sowohl das «Brugger Tagblatt» wie das «Badener Tagblatt» erstmals von einem «Erdrutsch» schrieben (25.9.1989). Den fünf Mandaten, die sie damals gewannen, fügten sie vier Jahre später sogar ein sechstes (Stimmenanteil 1993: 11,5%) hinzu. Eines davon mussten sie 1997 zwar wieder abgeben, konnten sich aber bei guten 9,4 Prozent Wähleranteil behaupten. Die Grünen, die auch über populäre Kandidaten verfügen (siehe dazu S. 200) scheinen sich mindestens bis auf weiteres ihren festen Platz in der Brugger Politik gesichert zu haben.

Das trifft für Parteien ganz rechts im politischen Spektrum nicht zu. Es ist auffallend, dass in all diesen Jahren in Brugg – im Gegensatz etwa zu Windisch – keine Partei aus dem Anti-Überfremdungslager zu den Wahlen antrat. Und die *Freiheitspartei*, die 1993 mit der Liste «Auto-Partei – die Freiheitlichen» immerhin einen Stimmenanteil von 6,9 Prozent und drei Mandate eroberte, verzichtete 1997 darauf, diesen beachtlichen Einstand zu verteidigen.

Bleiben die parteilosen Gruppen, die sich an den Einwohnerratswahlen beteiligten. Die eine, das *Team 67*, wollte zwar parteilos sein, wurde aber von der Öffentlichkeit als linksliberale Akademi-

ker- und Studentenpartei wahrgenommen. 1970 kam das Team auf 4,9 Prozent Stimmenanteil und holte zwei Sitze. 1973 blieb es bei den zwei Mandaten, obwohl sich der Wähleranteil auf 5,7 Prozent verbessert hatte. Vier Jahre später trat das Team, das auf kantonaler Ebene ursprünglich eine Abspaltung der FDP gewesen war, aber zunehmend mit der SP sympathisierte, in Brugg nicht mehr an.

Ein für parteiunabhängige Gruppen typisches Schicksal, – einem erfolgreichen Beginn folgt binnen zwei Wahlperioden bereits das Ende – ereilte auch die «Aktionsgemeinschaft parteiloser Bürger»: Sie trat 1965 mit 16 Männern «ohne Parteischablone» und dem Motto an, der neuzuwählende Einwohnerrat dürfe nicht zum «Spielball der Parteien» werden (BT 25./29.10.1965). Nachdem die Aktionsgemeinschaft mit einem Stimmenanteil von 13,4 Prozent sieben Mandate erobert hatte, wurde sie vom Kommentator des «Badener Tagblatts» zum «eigentlichen Sieger» der ersten Einwohnerratswahlen ausgerufen (BaT 2.11.1965). 1970 war der Elan der Aktionsgemeinschaft zwar noch ungebrochen, aber Fritz Honegger, einer ihrer Einwohnerräte, hatte sich im Streit zum Landesring abgesetzt, und ein zweiter, Peter Müller, kandidierte für das Team. Prompt fiel die Aktionsgemeinschaft auf einen Wähleranteil von 11,1 Prozent zurück und verlor zwei Mandate. 1973 wollten die bisherigen Einwohnerräte der Aktionsgemeinschaft nicht mehr kandi-



Grafik 3: Stimmbeteiligung in Prozent

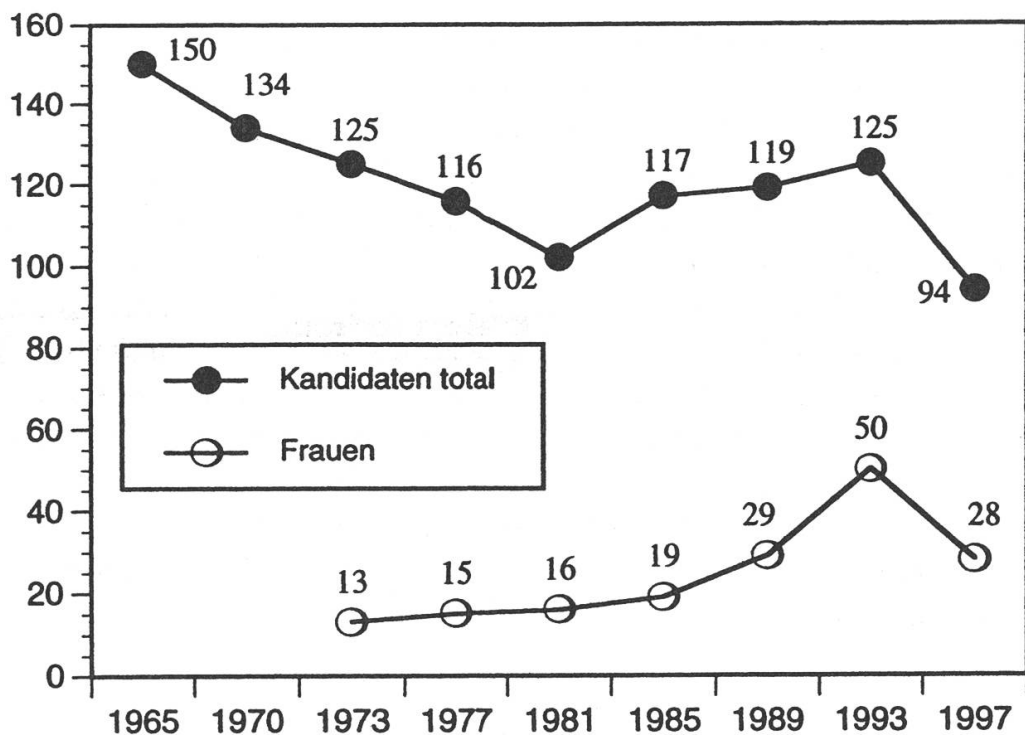
dieren; neue Kandidaten wurden nicht gefunden, also löste sich die Aktionsgemeinschaft parteiloser Bürger auf.

Nach etlichen Wahlen ohne parteiunabhängige Gruppen trat 1985 die «*Brugger Wunschliste*» auf den Plan. Auf ihrer Liste machten – eine Parallele zum früheren Team 67 – eher linksliberal gesinnte jüngere Kandidaten mit. Auch der Wahlerfolg war vergleichbar mit dem Team: Die Wunschliste kam 1985 auf 4,7 Prozent Stimmenanteil und holte damit zwei Mandate. Bei den Wahlen 1989 und 1993 ging der Stimmenanteil der Wunschliste zwar etwas zurück, aber 1997 wurden wiederum 4,7 Prozent erreicht. Trotz geringen Kandidatenzahlen, trotz Fluktuationen unter den Gewählten und trotz Konkurrenz durch die Grünen hat sich die Wunschliste also, was bei parteiunabhängigen Gruppen eine Ausnahme ist, vier Wahlperioden lang überraschend gut halten können.

Stellenwert von Einwohnerratswahlen: das Interesse nimmt ab

Wie wichtig sind Einwohnerratswahlen im politischen Leben der Stadt Brugg? Um dies zu beurteilen, können verschiedene Indikatoren herangezogen werden, einer davon ist die *Stimmbeteiligung*. Was die Grafik 3 zeigt, ist kaum überraschend: Nach den beiden ersten Einwohnerratswahlen 1965 und 1970, für die noch unter dem Stimmzwang-Regime Beteiligungsquoten von über 80 Prozent gemessen wurden, sackte die Stimmbeteiligung 1973 auf 45,0 Prozent ab. Vier Jahre später überschritt sie, dank eines attraktiven Abstimmungsprogramms auf nationaler Ebene (Initiativen zu den Themen Mieterschutz, Luftverschmutzung, Fristenlösung, Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Initiativen und Referenden), noch einmal die 50-Prozent-Grenze. Seither hat sich die Stimmbeteiligung zwischen 35 und 45 Prozent eingependelt.

Die *Zahl der Kandidaten*, die sich um Mandate bewerben, ist ein weiterer Indikator für die Bedeutung des Einwohnerrats. Gemäss Grafik 4 wurde der Teilnahmerecord mit 150 Bewerbern gleich bei den ersten Wahlen erreicht – was eigentlich nicht erstaunt: Damals gab es keine Bisherigen, und die Abschaffung der Gemeindeversammlung legte allen an Gemeindepolitik Interessierten nahe, für den Einwohnerrat zu kandidieren. Seit 1965 ist die Zahl der Kandi-



Grafik 4: Kandidatenzahlen

daten rückläufig. Daran hat auch die Einführung des Frauenstimmrechts – und damit die Verdoppelung der Zahl möglicher Kandidaten – wenig geändert. Nachdem 1981 mit 102 Kandidaten ein erster Tiefpunkt erreicht war, stiegen danach unter dem Vorzeichen einer besseren Vertretung der Frauen die Zahlen wieder etwas an, strebten 1993 mit 125 Bewerbern (darunter die Rekordzahl von 50 Frauen) zum Zwischenhoch, gingen aber 1997 auf den neuen Tiefststand von 94 Kandidaten zurück. Zwei Faktoren lassen vermuten, dass die Kandidatenzahlen in Zukunft nicht wesentlich steigen werden: Zum einen sind die Parteien durch die Einführung des Listensystems 1988 nicht mehr gezwungen, durch möglichst gut gefüllte Wahlvorschläge die Panaschierverluste in Grenzen zu halten. Zum andern wird die Rekrutierung neuer Kandidaten dadurch erschwert, dass jeweils um die 80 Prozent der Bisherigen wiederkandidieren und mit wenigen Ausnahmen auch wiedergewählt werden (siehe dazu Seite 192).

Ein dritter Indikator zur Bemessung des Stellenwerts von Einwohnerratswahlen ist das *Presseecho*, das der Wahlkampf jeweils ausgelöst hat. Schon ein cursorischer Überblick über die beiden damals wichtigsten Lokalzeitungen «Brugger Tagblatt» und «Badener

Tagblatt» bringt hierzu wichtige Erkenntnisse: Es ist kaum überraschend, dass die ersten Wahlen 1965 ein grosses Echo fanden. Alle Parteien, auch die Aktionsgemeinschaft parteiloser Bürger, der Gewerbeverein, Eisenbahner, die Region linkes Aareufer und der Quartierverein Brugg-West priesen in Zeitungsartikeln und teilweise in Inseraten ihre Kandidaten an. Gelegentlich ging es gehässig zu und her, beispielsweise, als der Quartierverein Brugg-West der FDP vorwarf, unter dem Deckmantel der Quartierpolitik verkappte politische Propaganda zu betreiben: In einem Artikel über «Brugg-West und die Einwohnerratswahlen» waren nur FDP-Kandidaten zur Wahl empfohlen worden (BT 21.10.1965, BaT 25.10.1965).

Fünf Jahre später, 1970, waren es der Landesring und das Team 67, die Farbe in den Wahlkampf brachten: Der LDU mit seiner Kampagne «Pack den Stier bei den Hörnern», das Team mit seinem Bemühen, Themen zur Ausländerpolitik zu artikulieren und sich als jugendliche Alternative zum politischen Establishment zu profilieren. Für einen Schlagabtausch in den Zeitungsspalten sorgte der 1965 als Parteiloser gewählte Fritz Honegger, der zum LDU gewechselt hatte und seiner bisherigen Fraktion nun vorwarf, in der vergangenen Legislaturperiode zuviel versprochen und zuwenig gehalten zu haben (BT 6./9./13.1.1970). Dieser zweite Wahlkampf stand dem ersten an Intensität nicht nach, auch wenn sich etwa Quartiervereine (mit Ausnahme von Lauffohrer Stimmbürgern) und der Gewerbeverein nicht mehr einschalteten.

1973 meldete sich die FDP mit einer Serie von Zeitungsartikeln im «Brugger Tagblatt» zu Wort. Das Team versuchte noch einmal, sich als «politische Alternative» zu profilieren, und warf der Verwaltung vor, «im stillen zu planen» und die Bevölkerung über «Motive und Fernziele im unklaren» zu lassen. Umweltschutz war erstmals ein grösseres Thema. Landesring und Team machten sich für die Einführung eines Regionalbusses stark; die FDP sprach vom «Moloch Verkehr» und kritisierte gleichzeitig den Mangel an Parkplätzen in der Innenstadt, die SP rief dazu auf, das «Abfallproblem neu zu überdenken». Der Gewerbeverein setzte sich – im Gegensatz zu 1970 – wieder für einige bürgerliche Kandidaten ein (BT 8.11.1973). Was sich aber insgesamt in der Presse niederschlug, war deutlich weniger als in den Wahljahren zuvor; so waren Frauen, die sich 1973 erstmals beteiligen konnten, kaum ein Thema. Alles in allem kam

die Lokalredaktion des «Brugger Tagblatts» zum Schluss, der Wahlkampf habe «keine hohen Wellen geworfen» (BT 8.11.1973).

«Wenig Spannung vor dem 25. September» titelte das «Brugger Tagblatt» auch zwei Wochen vor den Wahlen 1977 (BT 10.9.1977). Das Team 67 hatte aufgegeben; die Auseinandersetzung via Leserbriefe stand in noch bescheidenerem Rahmen als 1973. Einzig der Landesring betätigte sich als Pionier, indem er in Inseraten erstmals in Einwohnerratswahlen mit den Porträts seiner Kandidaten warb. «In Brugg ist der Einwohnerrat institutionalisiert und «Kämpfe» gehören leider oder Gottseidank der Vergangenheit an», kommentierte Ernst Rothenbach zutreffend im «Brugger Tagblatt» (10.9.1977).

1981 warb auch die FDP in den Zeitungsspalten mit Fotos ihrer Kandidaten. Mit dem Slogan «Brückenschlag» (zur Altstadt, zu Betagten, zur Jugend usw.) machten die Freisinnigen auch sonst viel Werbung und wurden dafür prompt mit dem Gewinn von drei Mandaten belohnt. Zuschriften zu den Wahlen waren 1981 eine absolute Seltenheit. Erstmals ging das «Brugger Tagblatt» dazu über, selber etwas Wahlkampf zu organisieren, indem es die Fraktionschefs im Einwohnerrat auf einer ganzen Zeitungsseite zu Wort kommen liess (BT 28.10.1981).

Dem Wahlkampf-Tiefpunkt von 1981 folgte vier Jahre später eine interessantere Wahl. Nachdem im ersten Wahlgang der Stadtratswahlen der Christlichdemokrat Werner Umbricht deutlich vor dem dritten FDP-Kandidaten Max Bill gelegen hatte, ging der FDP-Einwohnerrat Ernst Kistler anlässlich einer Parteiversammlung mit der CVP hart ins Gericht. Unter anderem sprach er von «Anödereien der CVP» im Einwohnerrat (BaT 13./17.9.1985). Dieses Intermezzo brachte immerhin das Thema «Dominanz der FDP» aufs Tapet (BaT 13.9.1985; BT 19.9.1985). Ausserdem machte bei diesen Wahlen erstmals die «Brugger Wunschliste» mit, und es wurde – nachdem Spreitenbach sein Gemeindeparlament wieder abgeschafft hatte – die Frage diskutiert, ob der Einwohnerrat «noch sinnvoll» sei (BT 17.9.1985). So verliefen die Wahlen 1985, die der FDP das Ende ihrer Mehrheit im Stadtrat und zwei Sitzverluste im Einwohnerrat brachten, überaus spannend.

Das gilt in geringerem Mass auch für 1989. Im Stadtrat machte schon im ersten Wahlgang der «wild» angetretene FDP-Kandidat

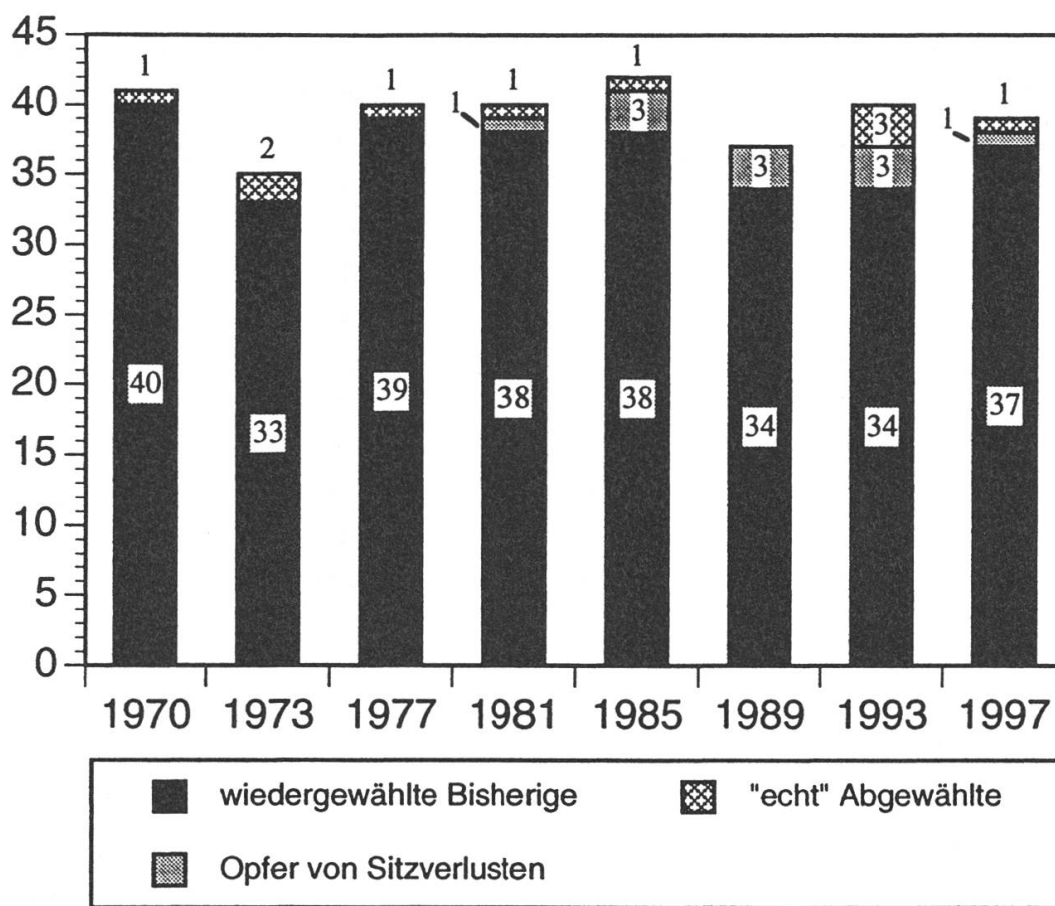
Rolf Alder das Rennen; im Einwohnerrat traten erstmals die Grünen auf den Plan, an welchen das «Brugger Tagblatt» offenbar Gefallen fand und sie auf viel Platz vorstellte (BT 13.9.1989). In den Zeitungsspalten wurden keine nennenswerte Auseinandersetzungen ausgetragen, das «Brugger Tagblatt» stellte den Parteien jedoch seine Spalten zur Verfügung, um sich zu aktuellen Themen zu äussern (BT 16.9.1989). Bei den Einwohnerratswahlen sorgten die Grünen für «Erdrutsch», indem sie der SP fünf Mandate abnahmen. Im Stadtrat verlor die FDP ihren zweiten Sitz an Margrit Ulukurt-Turgi (EVP).

1993, als sich die Freie Partei erstmals und der Landesring wieder um Mandate bewarben, erhielten die Parteien im «Brugger Tagblatt» erneut viel Platz zur Selbstdarstellung (BT 10.9.1993). Im Vergleich zu früheren Jahren nahm die Zahl der Leserbriefe wieder etwas zu, erreichte aber die Flut der ersten Jahre bei weitem nicht. Der Wahlkampf blieb eher flau, auch die grosse Zahl der Kandidatinnen (ihr Anteil am Total machte 40 % aus) zeitigte keine stimulierende Wirkung.

Flau war der Wahlkampf auch 1997. Das «Brugger Tagblatt» und das «Badener Tagblatt» waren zuvor zur «Aargauer Zeitung» fusioniert worden, eine Übersicht über Parteimeinungen zu aktuellen Themen wie in früheren Jahren wurde nicht mehr geboten. Zwar wurden in den Spalten der neuen Zeitung einige Stellungnahmen verschiedener Parteien abgedruckt, aber das, was an Wahlkampf in der Presse noch übrigblieb, konzentrierte sich im wesentlichen doch auf die Spalten des Inserateteils. Es war offensichtlich, dass die verschwundene Konkurrenzsituation im Zeitungsbereich ihre Schatten auf die Brugger Einwohnerratswahlen 1997 warf.

Wahlanalyse (I): Bisherige im Vorteil, Listenplatz bedeutungslos

Es ist ein Phänomen schweizerischer Proporzahlen, dass die grosse Mehrheit der Parlamentarier zur Wiederwahl antritt und auch prompt im Amt bestätigt wird. Die Brugger Einwohnerratswahlen machen hier keine Ausnahme: Von den 400 von 1970 bis 1997 gewählten Einwohnerräten stellten sich insgesamt 314 (= 78,5%) als *Bisherige* der Wiederwahl. 293 von ihnen (= 93%) taten dies mit Erfolg, sie wurden gewählt. In Grafik 5 sind diese Zahlen nach Wahl-



Grafik 5: Wahlchancen der Bisherigen

jahren aufgeschlüsselt. Zusätzlich ist die geringe Zahl der erfolglosen Bisherigen in zwei Kategorien eingeteilt worden: 11 der 21 abgewiesenen Bisherigen sind «Opfer von Sitzverlusten», d.h. sie wurden nur deshalb nicht wiedergewählt, weil ihre Partei in den betreffenden Wahlen Stimmenanteile einbüsste und Mandate abgeben musste. «Echt abgewählt», also von neuen Kandidaten überholt, obwohl ihre Partei keine Sitzverluste erlitt, wurden nur gerade 10 Kandidaten. 1993 beispielsweise, als gleich drei Bisherige in dieser Art «echt abgewählt» wurden, betraf dies die Einwohnerräte Rolf Lindenmann (SP), Peter Seiler (SVP) und Jolanda Rüegg (CVP). 1997 gehörten die beiden erfolglosen Bisherigen der Grünen Partei an: Urs Häseli wurde das Opfer eines Mandatsverlusts, Urs Frei musste der neuen Angela Herrigel weichen.

Wie wichtig der Bisherigenstatus als wahlentscheidender Faktor ist, weiss die politisch interessierte Öffentlichkeit. Wie aber steht es mit dem *Listenplatz*? Haben Kandidaten auf vorderen Listenplätzen bessere Wahlchancen als Kandidaten am Schluss der Liste? Die Brugger Einwohnerratswahlen liefern zur Beantwortung dieser Frage hervorragende Daten, weil hier die beiden grössten Parteien, FDP und SP, fast bei allen Wahlen einen seltenen politischen Brauch pflegten: Sie führten alle Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge auf, verzichteten also darauf, ihren Bisherigen – wie sonst üblich – die ersten Plätze auf der Liste zu reservieren.

Wenn es nun einen Zusammenhang zwischen Listenplatz und Wahlresultat gäbe, so müssten Namen aus der vorderen Hälfte des Alphabets im Brugger Einwohnerrat überproportional häufig auftauchen. Um diese Hypothese zu überprüfen, wurden insgesamt 18 alphabetische Brugger Einwohnerratslisten (mit wenigen Ausnahmen FDP- und SP-Listen) einer statistischen Analyse unterworfen, wie dies in den Sozialwissenschaften üblich ist.³ Ergebnis: Von einem Zusammenhang zwischen Listenplatz und Wahlresultat kann keine Rede sein. Durch Kumulieren und Panaschieren wurde die Reihenfolge auf den untersuchten Listen stark umgekrempelt. Ein eindrückliches Beispiel hierzu liefert etwa, wie Tabelle 1 zeigt, die Liste der FDP 1993: Margrit Altenburg, die zuerst aufgeführte Kandidatin, landete nach der Wahl auf Rang 34; Hans Zulauf, der Kandidat auf Listenplatz 34; erzielte das beste Resultat aller Kandidaten. Ansonsten wurden die Kandidaten von den Wählern wild nach oben oder unten befördert, ein Zusammenhang zwischen Listenplatz und Wahlresultat ist nicht ersichtlich. Wie erwartet, konnten sich aber alle Bisherigen nach vorne schieben; nur ein einziger neuer Kandidat, Niklaus Senn, konnte in die Phalanx der Bisherigen an der Listenspitze eindringen.

Wahlanalyse (II): Erfolg und Misserfolg der Frauen

Wie wenig ein guter Listenplatz ausmacht, mussten in den Wahlen 1993 insbesondere viele freisinnige Kandidatinnen erfahren: Trotz guter, durch das Alphabet gebotener Ausgangslage rutschten sie nach hinten; auf den zwölf letzten Plätzen der FDP-Liste sind ausschliesslich Frauen zu finden (siehe Tabelle 1). Dieses lamentable Abschneiden der FDP-Frauen 1993 führt zur Frage, mit welchem

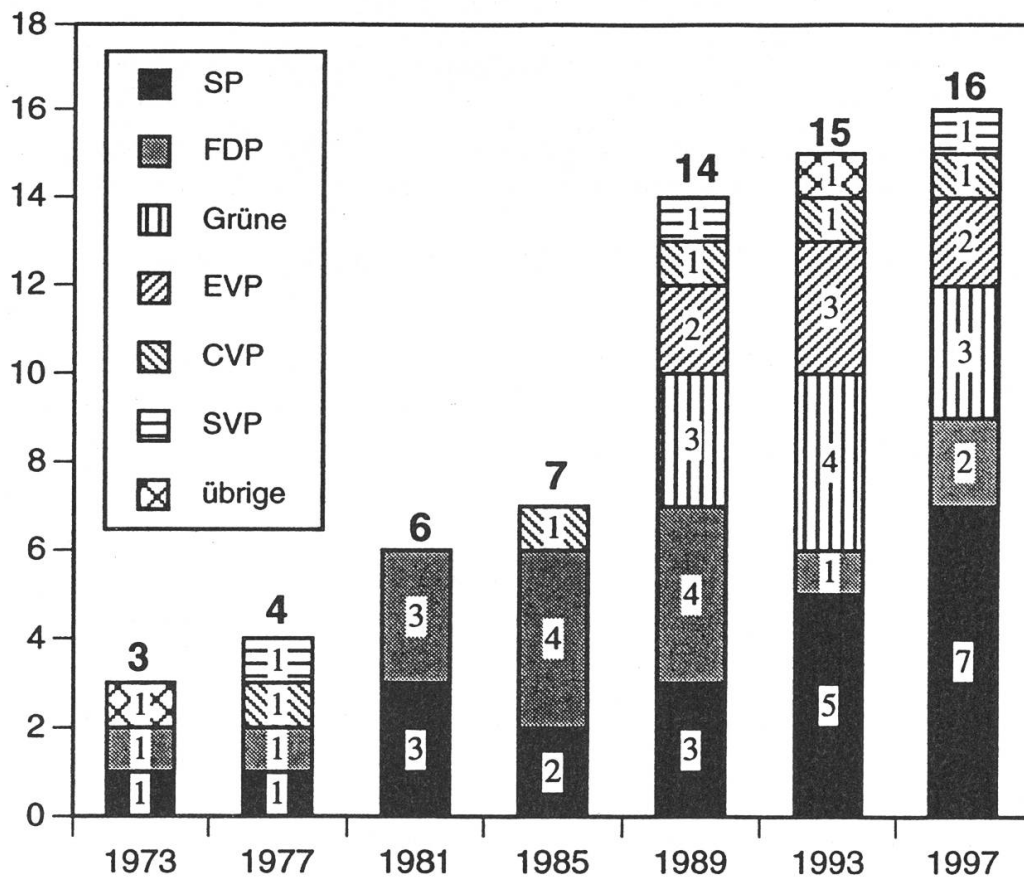
<u>Reihenfolge nach Listenplatz</u>		<u>Reihenfolge nach Stimmzahl</u>
<u>Margrit Altenburg</u>	1	1 Zulauf, bisher
<u>Vreni Beer</u>	2	2 Keller Ch., bisher
Willi Berchtold	3	3 <u>Wartmann, bisher</u>
<u>Annemarie Bolt</u>	4	4 Gschwind, bisher
<u>Annemarie Christen</u>	5	5 Moser M., bisher
<u>Gabriela Frei</u>	6	6 Strub, bisher
<u>Sabine Gäumann</u>	7	7 Kistler, bisher
Christian Gschwind, bisher	8	8 Lauber, bisher
Christian Keller, bisher	9	9 Senn
<u>Ursula Keller</u>	10	10 Schmid Hj., bisher
Ernst Kistler, bisher	11	11 Moser D.
Anton Lauber, bisher	12	12 Schmid H.
Peter Meier	13	13 Wengi
Daniel Moser	14	14 Berchtold
Matthias Moser, bisher	15	15 Stalder
<u>Renate Moser</u>	16	16 Rohner
Marc Pfister	17	17 Pfister
Fridolin Rohner	18	18 Setz
<u>Henrike Roth</u>	19	19 Meier
Hansjörg Schmid, bisher	20	20 <u>Moser R.</u>
Hugo Schmid	21	21 Solenthaler
Niklaus Senn	22	22 Süess
<u>Karin Setz</u>	23	23 <u>Christen</u>
Markus Solenthaler	24	24 <u>Beer</u>
Urs Stalder	25	25 <u>Keller U.</u>
Urs Strub, bisher	26	26 <u>Wehrli</u>
Theo Süess	27	27 <u>Bolt</u>
<u>Diana Tormen</u>	28	28 <u>Willimann</u>
<u>Theres Wartmann, bisher</u>	29	29 <u>Weibel</u>
<u>Christine Wehrli</u>	30	30 <u>Frei</u>
<u>Anita Weibel</u>	31	31 <u>Tormen</u>
Willi Wengi	32	32 <u>Roth</u>
<u>Ruth Willimann</u>	33	33 <u>Gäumann</u>
Hans Zulauf, bisher	34	34 <u>Altenburg</u>

Frauen unterstrichen. Fettgedruckte Kandidaten wurden gewählt.

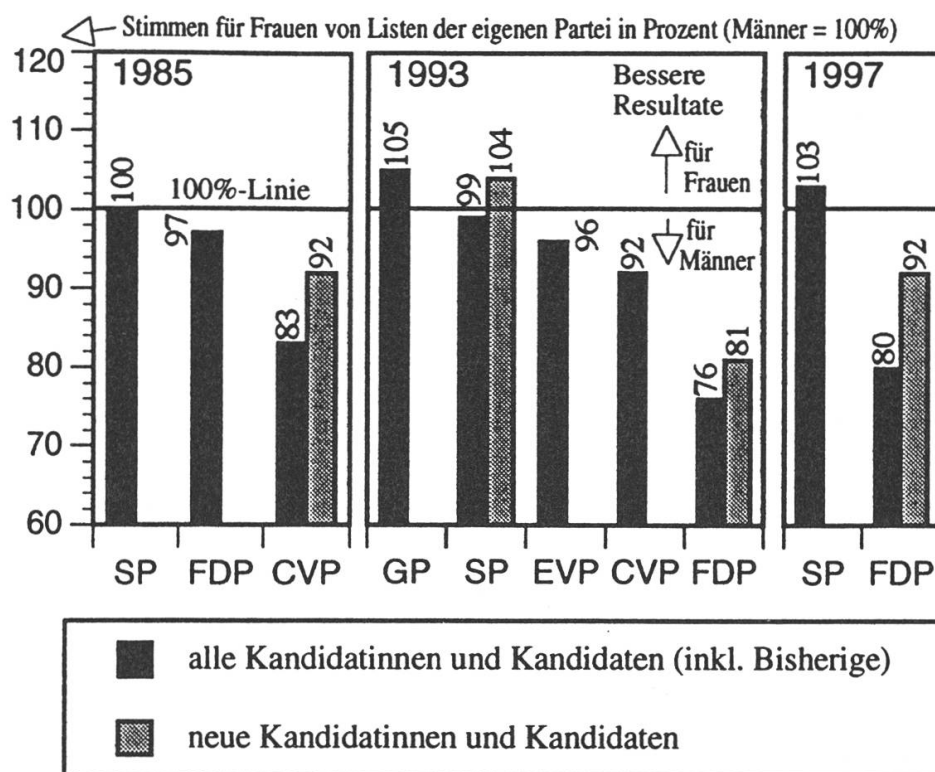
Tabelle 1: Listenplatz und Wahlresultat – das Beispiel der FDP 1993

Erfolg sich *Frauen* seit der Einführung des Frauenstimmrechts an den Brugger Einwohnerratswahlen beteiligt haben.

1973, als Frauen erstmals dabei waren, wurden von 13 Kandidatinnen deren drei (= 23%) gewählt (siehe Grafik 6). 1993, als sich die bisherige Rekordzahl von 50 Kandidatinnen bewarb, wurden 15 Frauen gewählt (= 30%); 1997 waren von 28 Kandidatinnen deren 16 (= 57%) erfolgreich. Diese Zahlen zeigen, dass sich die Wahlchancen von Frauen in jüngster Zeit erhöht haben. Allerdings, und auch das zeigt Grafik 6, nicht bei allen Parteien: Die FDP, die in den achtziger Jahren noch die meisten Frauen in den Einwohnerrat gebracht hatte, fiel 1993 und 1997 deutlich hinter SP und Grüne zurück. Kandidatinnen haben, so lassen die Ergebnisse der letzten drei Wahlen vermuten, vor allem bei SP, Grünen und der EVP Fortschritte gemacht: Bei diesen drei Parteien waren oder sind bereits mehr als die Hälfte aller Einwohnerratsmandate von Frauen besetzt; bei FDP, CVP und SVP hat ein solcher Vormarsch bisher nicht stattgefunden.



Grafik 6: Anzahl gewählte Frauen



Lesebeispiel: Bei der FDP wurden 1997 Kandidatinnen schlechter gewählt als Kandidaten: von FDP-Listen haben die Frauen der FDP im Durchschnitt nur 80% der Stimmen der Männer geholt. Werden nur die neuen Kandidaten berücksichtigt, verbessert sich das Resultat der Frauen auf 92%, bleibt aber immer noch unter der "Gleichheitsmarke" von 100%.

Grafik 7: Wie Frauen bei den eigenen Parteien abschnitten

Allerdings reicht der Blick auf gewählte und nichtgewählte Kandidatinnen für ein präzises Urteil über Wahlchancen von Frauen nicht aus. Zum einen erklärt die enorm hohe Wiederwahlquote der Bisherigen, bei denen es sich viel häufiger um Männer als um Frauen handelt, einen guten Teil der Benachteiligung der Kandidatinnen. Zum andern ist die Unterscheidung in «gewählt – nicht gewählt» zu unscharf: Gute Wahlergebnisse haben auch Frauen (und Männer) erzielt, die zwar nicht gewählt wurden, aber auf den ersten Ersatzplätzen landeten. Differenzierter wird die Analyse dann, wenn die durchschnittlichen Stimmzahlen für Frauen mit den durchschnittlichen Stimmzahlen der Männer verglichen werden. Dies ist für die Wahlen in den Jahren 1985, 1993 und 1997 in zweifacher Hinsicht möglich: Der Vergleich der Stimmen von Listen der eigenen Partei zeigt erstens, wie z.B. FDP-Wähler FDP-Kandidatin-

nen beurteilt haben. Beim Vergleich der Panaschierstimmen geht es zweitens um die Frage, wie z.B. FDP-Wähler für die Kandidatinnen aller andern Parteien stimmten.⁴

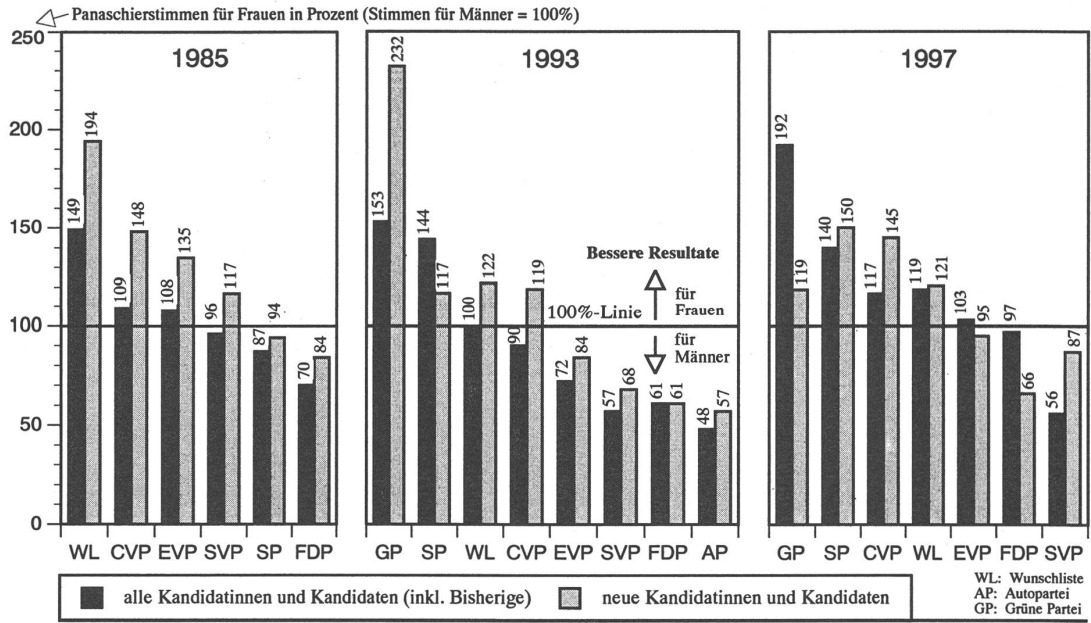
In der Grafik 6 ist dargestellt, wie Frauen 1985, 1993 und 1997 bei den grösseren Parteien, die mindestens fünf Frauen aufgestellt hatten, im Vergleich mit Männern abschnitten. Bei Parteien, die viele Kandidatinnen nominierten, wird zusätzlich der Bisherigenbonus – von dem hauptsächlich die Männer profitieren – ausgeschaltet, indem nur die Resultate neukandidierender Männer und Frauen miteinander verglichen werden. Bessere Resultate als Männer erzielten Frauen dann, wenn ihre durchschnittlichen Stimmzahlen in Grafik 7 über der 100%-Linie (der «Gleichheitsmarke») liegen.

In den drei Wahljahren hat sich insbesondere beim Anhang der SP die Haltung gegenüber ihren Frauen geändert: 1993 erzielten neukandidierende SP-Frauen bessere Resultate als SP-Männer, 1997 kamen sogar im Vergleich aller SP-Kandidaten die Frauen auf ein höheres Durchschnittsergebnis als Männer. Nicht überraschend ist, dass im Wahljahr, das für die Grünen berücksichtigt werden konnte (1993), Frauen auch von den Wählern dieser Partei besser gewählt wurden.

Anders das Bild bei den bürgerlichen Parteien: Sowohl bei der FDP als auch der CVP liegen alle Durchschnittswerte für ihre Kandidatinnen unter der Gleichheitsmarke von 100 Prozent. Besonders stark benachteiligt wurden Frauen, wie schon die Tabelle 1 vermuten liess, bei der FDP im Jahr 1993: Damals erhielten die 15 FDP-Kandidatinnen vom eigenen Anhang durchschnittlich nur gerade 76 Prozent der Stimmen der 19 Männer.

Wie frauenfreundlich oder frauenfeindlich sich die Wähler verhielten, wenn sie Panaschierstimmen verteilten, ist in Grafik 8 dargestellt. Erstaunlich ist, dass 1985 die Anhänger einer ganzen Reihe von Parteien beim Panaschieren Kandidatinnen bevorzugten: Am stärksten war dies bei den Wählern der Wunschliste der Fall, aber auch bei CVP, EVP und teilweise – bei den neuen Kandidaten – bei der SVP. Bei der FDP und auch bei der SP sind die Werte unter der Gleichheitsmarke von 100 Prozent. Bei den Wahlen 1993 und 1997 liegen dann sozialdemokratische Wähler punkto Frauenfreundlichkeit beim Panaschieren an zweiter Stelle – hinter den Anhängern der Grünen. In beiden Jahren wurden auch von den Anhängern der

Graphik 8: Wie Frauen von den Wählern der verschiedenen Parteien panaschiert wurden



Lesebeispiel: Die Wähler der SP haben im Jahr 1985 Frauen schlechter panaschiert als Männer: Von SP-Listen erhielten die Kandidatinnen aller übrigen Parteien im Durchschnitt 87 Prozent der Panaschierstimmen der Männer. Ohne Bisherige wird der Rückstand der Frauen kleiner: Neukandidierende Frauen erzielten im Jahr 1985 bei den FDP-Wählern im Durchschnitt 94 Prozent der Panaschierstimmen neukandidierender Männer.

Wunschliste und – teilweise – der CVP Frauen besser panaschiert als Männer. Frauenfeindlich panaschierten 1993 die Wähler von EVP, SVP, FDP und Autopartei. 1997 haben sich die Werte für alle drei verbleibenden Parteien verbessert, aber bei FDP und SVP wurden Kandidatinnen noch immer schlechter panaschiert als Kandidaten.

Wahlanalyse (III): Die Spitzenkandidaten

Wer stellte den beliebtesten Kandidaten, den *Spitzenkandidaten*? Diese Frage wird im Anschluss an Proporzahlen häufig gestellt – und ebenso häufig falsch beantwortet: Es liegt nämlich in der Natur der Sache, dass die höchsten Stimmzahlen in der Regel für Kandidaten der stärksten Partei registriert werden. In Brugg weisen die Kandidaten der FDP, die in allen Wahlen die stärkste Partei war, also tendenziell die höchsten Stimmzahlen auf. Verfälscht wird die Rangliste nach dem Total der Stimmen auch durch Vorkumulationen: Wenn Parteien ihre Kandidaten zweimal auf die Liste schreiben, wie es in Brugg etwa bei EVP und Grünen der Fall ist, werden den Kandidaten pro eingelegter Liste, sofern ihr Name nicht gestrichen wurde, gleich zwei Stimmen gutgeschrieben. So erklärt es sich, dass Kandidaten kleinerer Parteien oft auf respektable Stimmzahlen kommen.

Besser als mit dem Stimmentotal wird die Beliebtheit der Kandidaten mit der Anzahl Panaschierstimmen gemessen: Panaschierstimmen sind ausschliesslich Persönlichkeitsstimmen; wer panaschiert, schreibt die Namen seiner bevorzugten Kandidaten handschriftlich auf seine Liste.

Die Panaschierstimmzahlen der Kandidaten liegen wiederum nur für die Jahre 1985, 1993 und 1997 vor. In Tabelle 2 ist aufgeführt, wie oft die jeweils 20 bestklassierten Kandidaten auf 1000 Listen panaschiert wurden. Spitzenreiter 1985 ist Max Brentano (CVP); 1993 ist es Ursi Renold (Grüne) und 1997 Denise Widmer (SP). Als einziger Einwohnerrat hat sich Hans Zulauf (FDP) in allen drei Wahlen in dieser Tabelle klassieren können. Erstaunlich ist insbesondere der Vormarsch der Frauen: 1985 war noch keine einzige Frau unter den ersten 20 (bestklassierte Frau war in diesen Wahlen

Rang	1985	1993	1997	P*
1	Max Brentano, CVP	Ursi Renold, GP	Denise Widmer, SP	321
2	Hanspeter Lindenmann, SP	Elisabeth Vogt, SP	Ursi Renold, GP	231
3	Eugen Aeschbach, SVP	Hans Zulauf, FDP	Gregor Tomasi, SP	223
4	Willi Steinhauer, EVP	Theres Wartmann, FDP	Leo Geissmann, CVP	220
5	Rolf Alder, FDP	Ueli Kalt, SP	Daniel Moser, FDP	213
6	Anton Häfliger, CVP	Gregor Tomasi, SP	Matthias Moser, FDP	178
7	Ewald Locher, FDP	Rolf Hirt, SVP	Christian Gschwind, FDP	176
8	Christian Keller, FDP	Christian Keller, FDP	Franz Hollinger, CVP	173
9	Sepp Marty, LDU	Matthias Moser, FDP	Elisabeth Bolliger, EVP	161
10	Ernst Haas, SP	Jürg Bauer, SP	Hans Zulauf, FDP	157
11	Hans Zulauf, FDP	Christian Gschwind, FDP	Jürg Bauer, SP	155
12	Willy Müller, SVP	Ueli Steinhauer, EVP	Max Knecht, WL	145
13	Heinrich Kurth, SP	Franz Hollinger, CVP	Ueli Steinhauer, EVP	143
14	Werner Kaufmann, FDP	Max Knecht, WL	Esther Grieder, SP	141
15	Martin Schönrock, EVP	Urs Strub, FDP	Elisabeth Vogt, SP	141
16	Martin Nüesch, CVP	Martin Wehrli, CVP	Beat Ganz, CVP	139
17	Robert Kalt, SP	Elisabeth Bolliger, EVP	Angela Herrigel, GP	134
18	Max Bill, FDP	Esther Grieder, SP	Christoph Brun, GP	132
19	André Vonder Mühl, FDP	Christoph Brun, GP	Otto Bühler, EVP	132
20	Rolf Lindenmann, SP	Leo Geissmann, CVP	Peter Schmidlin, GP	130

*Panaschierstimmen auf 1000 Listen

Fettgedruckte Kandidaten tauchen in der Rangliste verschiedener Jahre auf.

Tabelle 2: Die Spitzenkandidaten in den Wahlen 1985, 1993 und 1997

Frieda Vogt, SP, auf Rang 21); 1993 figurieren fünf und 1997 sechs Einwohnerrätinnen in dieser Tabelle, und in beiden Jahren belegen Frauen die beiden Spitzenplätze.

Die FDP, deren Kandidaten gemessen an ihrem Stimmtotal in der Regel vorne liegen, ist nur einmal in den «Medaillenrängen»



Die Spitzenkandidaten

1965: Hans Müller, parteilos

1970: Ernst Döbeli, LDU

*1973 und 1977: Peter Flückiger,
FDP*

(rechte Seite)

1981: Erwin Gasser, SP

*1985 und 1989: Max Brentano,
CVP*

1993: Ursi Renold, Grüne

1997: Denise Widmer, SP





vertreten, 1993 mit Hans Zulauf auf Rang 3. Allerdings tauchen in den drei Wahljahren insgesamt immerhin 17 FDP-Einwohnerräte auf. Mit 15 Namen stellen Sozialdemokraten die zweitgrösste Gruppe; danach folgen CVP (9), EVP (7), Grüne (6), SVP (3), Wunschliste (2) und LDU (1). Mit Ausnahme der Autopartei sind also alle Parteien, die in diesen drei Wahljahren mitmachten, in diesen Ranglisten zu finden – auch das spricht für die Plausibilität der Panaschierstimmen als Massstab für die Popularität.

Wie die Rangliste in den Jahren ausgesehen hätte, für die keine Panaschierstimmenzahlen erhältlich sind, ist mindestens für die absoluten Spitzenkandidaten unter Berücksichtigung der Parteistärken und des Stimmentotals gut zu rekonstruieren. 1965 gebührt die Krone des Spitzenreiters dem parteilosen Lehrer Hans Müller, 1970 dem Landesring-Aktivisten Ernst Döbeli, 1973 und 1977 dem freisinnigen Arzt Peter Flückiger, 1981 dem sozialdemokratischen Chef der Einwohnerkontrolle Erwin Gasser und 1989 – wie schon 1985 – dem christlichdemokratischen Apotheker Max Brentano.

Wahlanalyse (IV): Merkmale der Parteien und ihrer Wähler 1997

Die Zahlen zum Panaschierstimmmentausch unter den Parteien machen Wahlanalysen möglich, die über die Themen Parteistärken und Sitzverteilung hinausgehen und Fragen der Parteidisziplin, Kandidatenattraktivität, Parteipräferenzen und des politischen Standorts der Parteien betreffen. Ausgangspunkt solcher Untersuchungen, die hier für die jüngsten Einwohnerratswahlen am 28. September 1997 ausführlich erläutert werden, ist die Tabelle 3 über den Panaschierstimmmentausch. Zunächst einmal verleiten die dort aufgeführten Zahlen zu voreiligen Schlüssen: So wäre es falsch, aus der Tatsache, dass die Kandidaten der FDP am meisten Panaschierstimmen abgaben (3263), zu schliessen, bei dieser Partei sei die Parteidisziplin am geringsten. Für die FDP wurden auch am meisten Listen eingelegt (766); es liegt also in der Natur der Sache, dass die grösste Zahl der Wähler auch am häufigsten panaschierte.

Die *Parteidisziplin* einer Partei misst sich also zum einen an der Zahl der Listen, zum andern aber auch am Kandidatenangebot, das ihren Wählern zur Verfügung stand. Im rechten Teil der Grafik 9

Herkunft der Panaschierstimmen

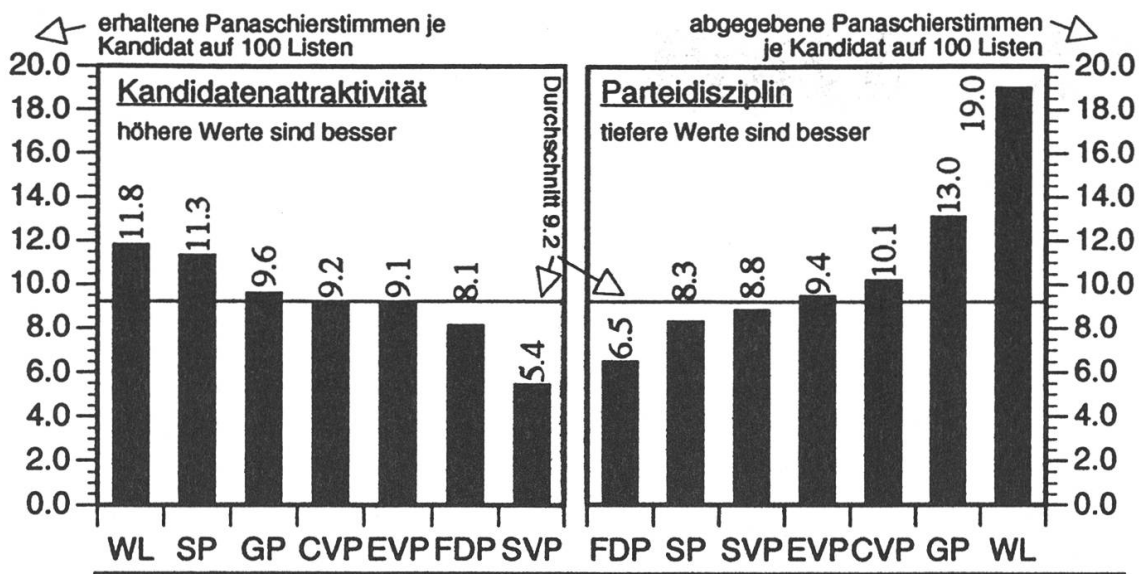
Partei	Listen	Kandi- daten	von FDP	von SP	von CVP	von GP	von EVP	von SVP	von WL	Total
FDP	766	28		497	791	181	555	794	535	3356
SP	458	18	733		578	1294	440	134	457	3640
CVP	274	15	880	569		336	432	217	277	2714
GP	212	13	340	1237	309		260	76	305	2531
EVP	239	11	677	325	344	238		232	198	2014
SVP	197	5	303	37	54	30	75		55	554
WL	107	4	330	207	121	159	108	86		1011
Total	2253	94	3263	2872	2197	2238	1870	1539	1827	15820

Lesebeispiel: Die FDP hat an die SP 733 Panaschierstimmen abgegeben und von der SP 497 Panaschierstimmen erhalten.

Tabelle 3: Der Panaschierstimmentausch in den Wahlen 1997

sind diese Zusammenhänge berücksichtigt und die Parteien danach rangiert worden, wieviele Panaschierstimmen ihre Wähler auf 100 Listen je Kandidat abgegeben haben.⁵ Je weniger das sind, desto höher war die Parteidisziplin der Wähler. Am besten schneidet die FDP mit einem Wert von 6,5 Stimmen ab, danach folgen die andern traditionellen Parteien SP, SVP, EVP und CVP. Am geringsten war die Parteidisziplin, was kaum überrascht, bei den Wählern der Grünen und jenen der Wunschliste: Sie haben doppelt (Grüne) oder sogar dreimal soviel (WL) panaschiert wie die Anhänger der FDP.

Das Gegenstück zur Parteidisziplin ist die *Kandidatenattraktivität*: Welche Kandidatengruppe welcher Partei hat am meisten Panaschierstimmen geholt? Gemäss Tabelle 3 ist das die SP, die 3640 Panaschierstimmen erhalten hat. Allerdings hatte sie auch 18 Kandidaten nominiert, mehr als viermal so viele wie die Wunschliste, auf deren vier Kandidaten immerhin 1011 Panaschierstimmen entfielen. Die Kandidaten der Wunschliste hatten gegenüber jenen der grösseren Parteien aber auch einen Vorteil, weil für sie die Zahl möglicher Panaschierstimmenspenders grösser war. Auf der linken Seite der Grafik 9 wurde diesen Abhängigkeiten Rechnung getragen und die Parteien nach ihrer Kandidatenattraktivität geordnet.⁶



Lesebeispiel: Die Wunschliste hatte die attraktivsten Kandidaten. Von 100 Listen erhielt ein WL-Kandidat im Durchschnitt 11,8 Panaschierstimmen. Die grösste Parteidisziplin zeigten die Wähler der FDP; sie gaben auf 100 Listen je Kandidat durchschnittlich nur 6,5 Panaschierstimmen ab.

Grafik 9: Kandidatenattraktivität und Parteidisziplin 1997

Der höchste und beste Wert wird in der Tat für die Wunschliste ausgewiesen, die von 100 Listen pro Kandidat 11,8 Panaschierstimmen erhielt. An zweiter Stelle liegt die SP mit 11,3 Stimmen, danach folgen mit ähnlich hohen Werten Grüne, CVP und EVP. Bei der FDP führte die grosse Zahl der Kandidaten (28) dazu, dass sie in dieser Darstellung bloss auf Platz sechs liegt. Mit einem Wert von nur 5,4 Stimmen je Kandidat liegt die SVP abgeschlagen auf dem letzten Platz. Ihre Kandidaten wurden nur halb so oft panaschiert wie jene von Wunschliste und SP. Der SVP ist es 1997 also nicht gelungen, attraktive Kandidaten zu präsentieren.

Die Tabelle 3 ist auch Ausgangspunkt einer Untersuchung der *Parteiaffinitäten*. Gemäss den dort aufgeführten Zahlen gab die FDP mehr Stimmen an die SP ab (733), als sie von der SP erhielt (497). War also den Anhängern der FDP die SP sympathischer als umgekehrt die FDP den Wählern der SP? Auch dieser Schluss wäre voreilig. Wiederum gilt es zu berücksichtigen, dass die deutlich grössere Zahl der FDP-Wähler auch mehr panaschierte, die FDP aber den SP-Wählern mehr Kandidaten zur Auswahl anbot (28) als umgekehrt die SP der FDP (18). In Tabelle 4 sind alle Abhängigkeiten

rechnerisch berücksichtigt. Die dort aufgeführten Werte zu den Partei­affinitäten geben an, in welchem prozentualen Ausmass die Wähler einer Partei die Kandidaten anderer Parteien über- oder unterdurchschnittlich panaschiert haben. Gut panaschiert haben beispielsweise die Wähler der FDP die Kandidaten der Wunschliste (+67%), der EVP (+24%), der SVP (+23%) und der CVP (+19%). Mit unterdurchschnittlichen Zahlen bedachte die FDP die Kandidaten der SP (-18%) und der Grünen (-47%). Umgekehrt fanden aber auch die Wähler der SP an den Kandidaten der FDP keinen Gefallen (-53%). Noch deutlicher wurden aber von seiten der SP-Anhänger die Kandidaten der SVP abgelehnt (-80%).

Das Studium der Tabelle 4 zeigt in den meisten Fällen die erwarteten Partei­affinitäten. So haben etwa SP und Grüne sowie FDP und SVP untereinander überdurchschnittliche Panaschierstimmwerte ausgetauscht. Auffallend ist aber immerhin, dass dies auch auf die beiden konfessionellen Parteien CVP und EVP zutrifft (CVP an EVP +12%, EVP an CVP +28%). Das war in den Jahren 1993 und 1985 noch nicht der Fall.

Wer steht links, wer rechts? Anhand von Tabelle 4 lassen sich auch Aussagen zum *politischen Standort* der Brugger Wählerschaft

	von FDP	von SP	von CVP	von GP	von EVP	von SVP	von WL
FDP		-53	+2	-77	-12	+64	-6
SP	-18		+15	+160	+8	-57	+25
CVP	+19	0		-19	+28	-16	-9
GP	-47	+152	-15		-11	-66	+16
EVP	+24	-22	+12	-22		+22	-11
SVP	+23	-80	-61	-78	-33		-46
WL	+67	+37	+9	+44	+20	+24	

Lesebeispiel: Die Wähler der FDP haben die Kandidaten der SP um -18% unterdurchschnittlich, die Kandidaten der SVP um +23% überdurchschnittlich panaschiert. Die Wähler der SP haben die Kandidaten der FDP um -53% unterdurchschnittlich und die Kandidaten der Grünen um +152% überdurchschnittlich panaschiert.

Tabelle 4: Die Partei­affinitäten in den Wahlen 1997

machen. Links im politischen Spektrum politisieren Wähler der SP und der Grünen. Ein wesentlicher Unterschied scheint zwischen ihnen nicht zu bestehen, beide haben die Kandidaten von FDP und SVP ähnlich negativ bewertet. Links der Mitte sind auch die Wähler der Wunschliste und der EVP einzuordnen, auch sie haben die Kandidaten von FDP und SVP mit unterdurchschnittlichen Panaschierstimmenwerten bedacht. Das Zentrum besetzen, wie es das Credo ihrer Partei ist, die Anhänger der CVP, die sowohl die Kandidaten der FDP wie auch jene der SP überdurchschnittlich panaschierten. Rechts der Mitte steht die FDP, deren Wähler SP und Grüne zwar unterdurchschnittlich panaschiert haben, aber mit deutlich geringeren Werten als die Anhänger der SVP, die das politische Spektrum auf der rechten Seite abschliessen.

Die Resultate im Überblick: Fazit und Folgerungen

In den neun Wahlgängen seit Einführung des Einwohnerrats hat sich die Parteilandschaft nicht radikal, aber doch leicht verändert: Während die FDP unangefochten stärkste Partei blieb, hat die SP mit den Grünen eine linke Konkurrenz erhalten. Die CVP ist im Gleichklang mit schweizerischen Trends deutlich schwächer geworden, die EVP hat sich gegenüber mageren Anfängen deutlich gesteigert. Was mit der Annahme des Grossratswahlgesetzes im Juni 1988 befürchtet worden war, nämlich das Verschwinden kleinerer Parteien, ist nicht eingetroffen: Trotz Einführung des Listenproporz sind die Wahlchancen kleinerer Parteien wie etwa der Brugger Wunschliste durchaus intakt. Auch in anderer Hinsicht hatte die Änderung des Wahlsystems bisher keinen wesentlichen Einfluss: Obwohl beim Listenproporz «gratis» – d.h. ohne Stimmenverluste für die eigene Liste – panaschiert werden kann, hat sich das Panaschierverhalten 1993 und 1997 im Vergleich mit 1985, als noch der alte Kandidatenproporz galt, kaum verändert. Das zeigt etwa die Tabelle 2, in der punkto Panaschierstimmenzahlen der Spitzenkandidaten in diesen drei Jahren keine wesentlichen Unterschiede festzustellen sind.

Gut möglich ist allerdings, dass sich das neue Wahlsystem in anderer Hinsicht auswirkt: Weil es beim Listenproporz keine Pana-

schierverluste gibt, entfällt für die Parteien ein wichtiger Grund, den Wählern Listen vorzulegen, die mit Kandidaten möglichst gut gefüllt sind. So wurden 1997 für die 50 Einwohnerratssitze nur noch 94 Kandidaten nominiert – so wenige wie noch nie. Weil mit einem Platz auf einer Einwohnerratsliste nicht selten der Einstieg in die Gemeindepolitik beginnt, wäre zu hoffen, dass sich die Brugger Parteien in Zukunft wieder um höhere Kandidatenzahlen bemühen. Denn auch zwei andere Indikatoren weisen darauf hin, dass Einwohnerratswahlen nicht mehr den früheren politischen Stellenwert haben: Die Stimmbeteiligung ist rückläufig, und die Presseberichte im Vorfeld solcher Wahlen sind tendenziell immer dünner geworden. Die Fusion der beiden einstigen Konkurrenzblätter «Brugger Tagblatt» (bzw. «Aargauer Tagblatt») und «Badener Tagblatt» zur «Aargauer Zeitung» lässt nicht vermuten, dass sich daran etwas ändert.

Auch die zunehmende Personalisierung der Politik verheisst für den Stellenwert des Einwohnerrats und der Einwohnerratswahlen wenig Gutes: Es ist einfacher, sich in einem Gremium von fünf Personen als einem Rat von 50 Personen zu profilieren. So ist festzustellen, dass sich in Brugg das Interesse der Presse in jüngster Zeit stärker auf Stadtrats- denn auf Einwohnerratswahlen konzentriert.

Die speziellen Panaschierstimmenanalysen zu den Einwohnerratswahlen 1997 haben einige interessante Erkenntnisse zum Wählerverhalten offenbart: So zeigte es sich zum Beispiel, dass die Wähler der FDP, entgegen landläufigen Meinungen, disziplinierter für ihre Partei stimmten als etwa die Wähler der SP. Dass grüne Wähler im politischen Spektrum genauso links stehen wie sozialdemokratische Wähler, ist ein Befund, der sich mit Beobachtungen zur Politik auf gesamtschweizerischer Ebene durchaus deckt. Schliesslich könnten die Parteiaffinitäten, die für CVP und EVP ermittelt wurden, für diese beiden «christlichen» Parteien ein Anstoss für künftige Listenverbindungen sein.

Was sind Merkmale, die Wahlchancen erhöhen? Drei mögliche wurden analysiert: Mehr als 9 von 10 Kandidaten, die als «Bisherige» zu Brugger Einwohnerratswahlen antraten, wurden gewählt. Umgekehrt konnte gezeigt werden, dass die Variable «Listenplatz» das Wahlergebnis in keiner Art und Weise beeinflusst. Für das Merkmal «Geschlecht» ist das Ergebnis uneinheitlich: Während es

bei SP und Grünen in den Wahlen 1993 und 1997 bereits so etwas wie einen «Frauenbonus» gibt, werden Frauen insbesondere von den Wählern der FDP und der SVP erheblich benachteiligt. Für die FDP, deren grosse Einwohnerratsfraktion sich 1997 aus 15 Männern und bloss zwei Frauen zusammensetzt, könnte dies der Anlass sein, bei den nächsten Wahlen gezielte Frauenförderungsmassnahmen (z.B. Vorkumulation von Kandidatinnen, nach Geschlechtern getrennte Listen) zu beschliessen.

Anmerkungen

- ¹ Für das «Brugger Tagblatt» wird im folgenden die Abkürzung «BT» verwendet, für das «Badener Tagblatt» «BaT».
- ² Einige Fragestellungen werden anhand der Zahlen des Panaschierstimmentauschs untersucht, die für diesen Beitrag vom Brugger Gemeinderat erstmals freigegeben wurden. Allerdings war es lange Zeit gar nicht üblich, die Resultate derart detailliert zu erfassen. So liegen Zahlen zum Panaschierstimmentausch nur für die Wahlen 1985, 1993 und 1997 vor.
- ³ Für die 18 Listen wurden Rangkorrelations-Analysen gemacht und der Rangkorrelationskoeffizient Spearman's Rho berechnet.
- ⁴ Panaschierstimmenzahlen liegen nur für die Wahljahre 1985, 1993 und 1997 vor, siehe Anmerkung 2.
- ⁵ Die Parteidisziplin wird z.B. für die FDP wie folgt berechnet: Die Panaschierstimmen, die durch ihre Wähler abgegeben wurden, werden erstens durch die Zahl der FDP-Listen, zweitens aber auch durch die Zahl der parteifremden Kandidaten dividiert (ein FDP-Wähler konnte 66 Kandidaten anderer Parteien panaschieren [total 94 Kandidaten minus 28 FDP-Kandidaten], ein Wähler der Wunschliste dagegen deren 90 [94-4]). Das Resultat wird, um eine übersichtliche Darstellung zu erhalten, mit 100 multipliziert. Genauere Erläuterungen zu allen in diesem Beitrag verwendeten Konzepten finden sich in: Rudolf Burger, Vom Kandidaten zum Einwohnerrat. Untersuchungen zur repräsentativen Demokratie auf Gemeindeebene in den Kantonen Aargau und Basel-Land, Frauenfeld 1980.
- ⁶ Die Kandidatenattraktivität wird z.B. für die SP wie folgt berechnet: Die Panaschierstimmen für die SP werden durch die Zahl der SP-Kandidaten und die Zahl der möglichen Panaschierstimmenspender (= 1795, total 2253 Listen minus 458 SP-Listen) dividiert. Das Ergebnis wird zur Erhöhung der Übersichtlichkeit mit 100 multipliziert.